

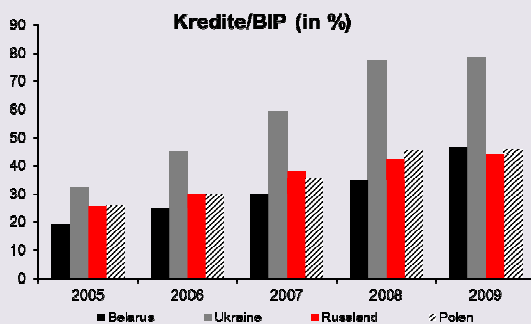
Der Bankensektor in Belarus: Überblick und Reformansätze

Der Bankensektor in Belarus ist in den letzten Jahren dynamisch gewachsen, ohne dabei jedoch Überhitzungstendenzen zu zeigen. Ein wesentliches strukturelles Merkmal ist der hohe Staatsanteil sowie der niedrige Anteil an FDI. Die durch den Staatseinfluss bedingte gelenkte Kreditvergabe und die hohe Dollarisierung sind die Hauptprobleme des Sektors. Um diese strukturellen Schwächen zu bekämpfen, ist eine umfassende Reform der gelenkten Kreditvergabe, eine verstärkte Privatisierung und Attraktion von FDI nötig. Eine angemessene Ausrichtung der makroökonomischen Politik ist ebenfalls wichtig.

Eine Reform würde auch den Zugang von privaten, und hier insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen zu Krediten verbessern, der gegenwärtig schwierig ist. In dieser Hinsicht spielt der Bankensektor eine Schlüsselrolle für die notwendige Modernisierung und Restrukturierung der Wirtschaft.

Zur Bedeutung des Bankensektors

Um die Bedeutung und Entwicklung des Bankensektors in einem Land zu beschreiben, wird häufig als Indikator das Verhältnis der ausstehenden Bankkredite zum BIP verwendet (Finanzintermediation).



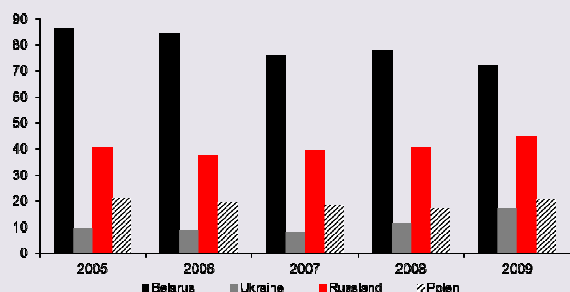
Quelle: Raiffeisen Research, September 2010

Ausgehend von einem niedrigen Stand war eine graduelle Vertiefung der Finanzintermediation in Belarus zu verzeichnen, die gegenwärtig etwa auf dem Niveau von Russland und Polen liegt, während die Ukraine eher als ein Ausreißer zu betrachten ist. Bezogen auf Belarus ist interessant zu beobachten, dass in der Finanzkrise eine weitere Steigerung erfolgte, die im Gegensatz zu allen anderen Ländern steht, in denen der Bankensektor eher stagnierte.

Eigentümerstruktur: Viel Staat, wenig FDI

Das erste Merkmal bezüglich der Eigentümerstruktur ist die Dominanz staatlicher Banken, die auf ca. 73% Marktanteil kommen, was deutlich über den Werten anderer Länder liegt. Darüber hinaus ist der Sektor hoch konzentriert – die beiden größten Staatsbanken haben einen Marktanteil von 65%.

Marktanteil staatlicher Banken (in % der gesamten Aktiva)



Quelle: Raiffeisen Research, September 2010

Ein zweites Merkmal ist der geringe Anteil ausländischer Investoren im Sektor, der Ende 2009 26% betrug. Seitens westlicher Finanzinstitute ist praktisch nur die Raiffeisenbank (Priorbank) aktiv. Seit 2007 ist allerdings vermehrt der Einstieg russischer Investoren zu verzeichnen, insbesondere im Bereich kleiner und mittlerer Banken. Vorläufiger Höhepunkt war der Erwerb der BPS-Bank durch die russische staatliche Sberbank Ende 2009 für 291 Mio. US-Dollar.

Staatlich gelenkte Kreditvergabe

Im Zusammenhang mit dem dominanten staatlichen Eigentum besteht das Hauptproblem in der weit verbreiteten staatlich gelenkten Kreditvergabe („directed lending“). Genaue Zahlen zum Umfang sind schwer zu erhalten, da die Datenlage sehr intransparent ist. Ratingagenturen gehen aber davon aus, dass etwa die Hälfte der Kredite dazu gehört. Diese Kreditvergabe ist ein zentrales wirtschaftspolitisches Instrument, mit weit reichenden Implikationen für den Bankensektor und die Wirtschaft bzw. die betreffenden Sektoren (z.B. Agrar- und Bauwirtschaft).

Diese meist subventionierte Kreditvergabe ist grundsätzlich problematisch für den Wettbewerb der Banken untereinander. Darunter leiden die Effizienz und das Risikomanagement, die Widerstandsfähigkeit des Sektors gegenüber externen Schocks nimmt ab. Daneben macht es das Bankensystem stark von der Lage der öffentlichen Finanzen abhängig.

Risikofaktor Dollarisierung

Im Einklang mit vielen anderen Bankensystemen der GUS-Länder ist auch in Belarus eine recht hohe Dollarisierung der Bankbilanzen auf der Kredit- sowie der Einlagenseite zu verzeichnen. Bezogen auf die Fremdwährungskredite ist aber zu verzeichnen, dass dies eher Unternehmenskredite sind und weniger Haushaltskredite, die insbesondere in den Nachbarländern vor der Krise stark gewachsen sind.

Neben diesen Grundtendenzen waren in der Finanzkrise 2009 unterschiedliche Trends auf der Kredit- und Einlagenseite zu verzeichnen. Die Fremdwährungseinlagen sind nach der Abwertung Anfang 2009 stark angestiegen, während die Fremdwährungskredite grundsätzlich zurückgehen, was auch auf die Politik der Nationalbank zurückzuführen ist.

Grundsätzlich besteht eine weiterhin hohe Abhängigkeit des Bankensektors von der Wechselkursentwicklung, was als Risiko einzustufen ist, und automatisch die Frage der Eingriffs- bzw. Interventionsmöglichkeiten der Nationalbank im Krisenfall aufwirft. Die traditionell niedrigen und gegenwärtig sinkenden Devisenreserven der Nationalbank gestalten ein Eingreifen im Krisenfall schwierig.

Grundsätzliche Reformen sind dringend notwendig...

Ein Bündel von Maßnahmen ist erforderlich, um die mit der gelenkten Kreditvergabe verbundenen Probleme anzugehen. Ein wichtiger Schritt hierbei war die im IWF-Programm vorgesehene Gründung einer speziellen Finanzagentur, welche die staatlichen Kreditprogramme von den Geschäftsbanken übernimmt und so eine Bereinigung der Bankbilanzen vornimmt sowie mehr Transparenz schafft. Darüber hinaus ist eine grundsätzliche Begrenzung bzw. Rückführung der gelenkten Neukreditvergabe notwendig, einerseits aus den erwähnten mikroökonomischen Kalkülen, andererseits aber auch aus einer makroökonomischen Perspektive. Das hohe Leistungsbilanzdefizit ist gerade auch durch die schnell wachsende Kreditgewährung bedingt.

Weiterhin muss das Instrument der Privatisierung verstärkt genutzt werden, verbunden mit der Attraktion von (geographisch diversifizierten) FDI. Hierzu müssen allerdings die Rahmenbedingungen verbessert werden, um gewinnorientiertes privates Kapital anzuziehen. Die Entscheidungsträger haben diesbezüglich weitreichende Pläne: So soll die Belinvestbank an einen strategischen Investor veräußert werden, ebenso Minderheitsanteile der Belarusbank und der Belagroprombank.

Um das Problem der Dollarisierung nachhaltig zu bekämpfen, ist eine angemessenen makroökonomische Politik zu verfolgen, die darauf abzielt, Vertrauen in die eigene Währung aufzubauen. Schlüsselemente sind hier ein gradueller Übergang zum „Inflation Targeting“, verbunden mit einem flexibleren Wechselkurs, und eine kontraktivere Geld- und Fiskalpolitik. So können Zinserhöhungen helfen, die Einlagendollarisierung zu begrenzen.

... aber bisher wenig Fortschritt sichtbar

Bisher ist eher Skepsis angebracht, ob die geschilderten Reformempfehlungen auch implementiert werden. Das Wachstum der gelenkten Kreditvergabe erfolgt gegenwärtig weiterhin ungebremst. Darüber

hinaus wurde nach dem Auslaufen des IWF-Programms angekündigt, keine Finanzagentur zu gründen, sondern Pläne für die Gründung einer Entwicklungsbank zu verfolgen. Hierbei ist aber das genaue Mandat noch unklar, ebenso die Finanzierungsfrage.

Auch im Zusammenhang mit der Privatisierung und der Attraktion von FDI sind bisher keine echten Fortschritte zu sehen. Die Nationalbank hat dies jüngst öffentlich angemerkt. Darüber hinaus ist die Ausrichtung der Geld- und Fiskalpolitik weiterhin expansiv, was zwar zur kurzfristigen Stimulierung des Wachstums führt, aber negative Auswirkungen auf das außenwirtschaftliche Gleichgewicht hat. Die aktuell abnehmenden Devisenreserven sind hier ein deutliches Warnzeichen.

Fazit

Das Bankensystem von Belarus ist relativ gut durch die Finanzkrise gekommen, was positiv zu bewerten ist. Die in anderen Ländern rapide gewachsenen und in Fremdwährung vergebenen Haushaltskredite waren in Belarus weniger verbreitet, was ein Erklärungsfaktor ist. Die teilweise Abkopplung von externen Krisenentwicklungen ist auch durch die starke Staatsdominanz zu erklären, die sich sowohl in der Eigentümerstruktur, als auch in einer gelenkten Kreditvergabe niederschlägt.

Diese Staatsdominanz ist aber langfristig eine große strukturelle Schwäche, da ohne eine grundsätzliche Reform nicht davon auszugehen ist, dass der Bankensektor seine volkswirtschaftliche Finanzintermediationsfunktion optimal erfüllen kann. Die Transformation des Sektors hin zu einem privatwirtschaftlich und wettbewerblich orientierten Modell, das auch vermehrt FDI attrahiert, ist daher eine der größten Herausforderungen für die Verantwortlichen.

Autor

Robert Kirchner, kirchner@berlin-economics.com

German Economic Team Belarus

Das German Economic Team Belarus (GET Belarus) führt seit 2003 einen wirtschaftspolitischen Dialog mit reformorientierten Entscheidungsträgern der belarussischen Regierung. Es wird im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms der Bundesregierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie finanziert.

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Robert Kirchner

Impressum

German Economic Team Belarus
c/o BE Berlin Economics GmbH
Schillerstraße 59, D-10627 Berlin
Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0
Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9
info@get-belarus.de
www.get-belarus.de